



Interviews

Datum: 10. Mai 2023

Anke Rehlinger, SPD, MP des Saarlandes, im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Anke Rehlinger (SPD), Ministerpräsidentin des Saarlandes. – Guten Morgen!

Anke Rehlinger: Einen schönen guten Morgen!

Küpper: Frau Rehlinger, was muss heute im Vordergrund stehen, die aktuellen Kosten oder die grundsätzliche Ausrichtung der Flüchtlingspolitik?

Rehlinger: Wir brauchen schon ein schnelles Signal, was das Thema Finanzen angeht, aber wir sind natürlich auch gesprächsbereit und sehen hier auch noch Möglichkeiten in der grundsätzlichen Ausrichtung beziehungsweise vor allem auch in der grundsätzlichen Ausübung, Dinge zu verändern. Eigentlich muss beides auf der Tagesordnung stehen.

Küpper: Aber ist das nicht viel zu viel?

Rehlinger: Nein, ich denke nicht. Es sind viele Punkte, die jetzt auch nicht ganz neu sind. Ich glaube, dass es aber jetzt auch klare Verständigungen braucht, und das, worauf man sich letztendlich verständigt hat, muss auch gemacht werden.

Das Thema Finanzen, dazu liegen nun wirklich alle Zahlen auf dem Tisch. Die Belastungen sind extrem hoch in den Kommunen, in den Ländern. Natürlich hat der Bund auch schon richtig viel Geld gegeben, aber am Ende des Tages reicht es im Moment noch nicht aus. Deshalb werden wir uns darüber verständigen müssen, wie wir diese Belastungen gerecht verteilen.

Küpper: Lassen Sie uns gleich separat über die jeweiligen Punkte sprechen. Aber wenn Sie sagen, da gibt es schon viel im Vorfeld, wir reden ja hier schon, wenn ich Christian Lindner glauben darf, auch anderen Äußerungen, um eine Art Zeitenwende in der Flüchtlingspolitik, um eine grundsätzliche Neuausrichtung. Schürt das nicht Erwartungen an ein Treffen heute, die gar nicht erfüllt werden können, und das ist vor allem auch das falsche Gremium?

Rehlinger: Nein! Ich glaube auch gar nicht, dass wir dort über eine grundsätzliche Neuausrichtung sprechen, sondern es geht um das, was man schon vielleicht mal miteinander vereinbart hat, noch konsequenter, noch besser, auch technisch besser aufgestellt umzusetzen. Neu wäre, dass man das jetzt konsequent angeht, aber es wird keine Kehrtwende geben.

Küpper: Das heißt, was muss am Ende dieses Tages oder vielleicht in den frühen Morgenstunden morgen stehen?

Rehlinger: Ich glaube, wir brauchen tatsächlich eine Vereinbarung, wie wir finanziell kurzfristig Entlastung bekommen können, aber gleichzeitig brauchen wir, wie gesagt, auch ein paar Verfahrensvereinbarungen, wie wir Migration begrenzen können, wie wir tatsächlich auch in der Lage sind, mit Flüchtlingen umzugehen, was wir uns zutrauen, wie wir das integriert bekommen. Und natürlich auch die Frage bei denjenigen, die rechtlich betrachtet gar kein Bleiberecht haben, wie wir es dann tatsächlich schaffen, dort konsequenter zurückzuführen. Das ist schon Rechtslage, das ist auch gar keine Kehrtwende.

Küpper: Das heißt, es geht, wenn wir jetzt mal auf die einzelnen Punkte schauen, den Ländern sehr geschlossen um mehr Geld vom Bund. Christian Lindner, der Bundesfinanzminister stellt sich auf den Standpunkt, dass der Bund schon genug gibt. Er sagte gestern Abend im „Heute“-Journal:

O-Ton Christian Lindner: „Etwa 16 Milliarden Euro wendet der Bund auf im Bereich der Migration. Wir haben bei den Geflüchteten aus der Ukraine als Bund komplett jetzt den Lebensunterhalt in die Finanzierung des Bundes übernommen, das sogenannte Bürgergeld. Es kann keine Rede davon sein, dass der Bund andere staatliche Ebenen allein lässt.“

Küpper: Soweit Christian Lindner gestern Abend. – Die Flüchtlingsfinanzierung, Frau Rehlinger, das ist eigentlich auch originäre Länderaufgabe. Wieso soll der Bund jetzt mehr geben?

Rehlinger: Es stellt auch niemand in Abrede, dass der Bund sich wirklich schon stark engagiert hat, und das ist auch gut und das ist auch richtig so, denn es ist wirklich eine gemeinsame Aufgabe. Und ich muss auch sagen, sie ist bislang auch deshalb so gut gelungen, auch ein Stück weit in Abgrenzung zu 2015/16, weil es keinen großen mega-parteilpolitischen Streit darüber gegeben hat, und ich finde, in diesem Fahrwasser sollten wir uns auch weiterhin bewegen.

Küpper: Christian Lindner hat Sie auf seiner Seite?

Rehlinger: Nein! Mein zweiter Satz kommt gleich. Neben dem, dass der Bund viel gegeben hat und dass das auch niemand in Abrede stellt, ist aber genauso wahr, dass es nicht genug ist. Weder das, was momentan die Länder in der Lage sind zu finanzieren, noch die Kommunen, noch der Bund. Deshalb werden wir gemeinsam darüber beraten müssen, wie wir für mehr Finanzmittel sorgen, denn am Ende soll das ja auch gelingen und das ist ohne mehr Geld nicht möglich. Und ich erwarte da auch ein Stück weit auch vom Bundesfinanzminister, dass er als ‚Ermöglichungsminister‘ in einer schwierigen Phase auftritt. Wenn das, was man gegeben hat, nicht ausreicht, wird man darüber reden müssen, wie man mehr zusammenbekommt. Und ein Stück weit ist das ganze Thema, wie können wir Migration begrenzen, wie können wir es steuern, was verhandeln wir mit weiteren EU-Staaten, und und und, nun schlicht keine Frage der Länder, sondern wir sind quasi erst am Ende der Kette mit dem konfrontiert, was vornedran nicht richtig gelungen ist. Deshalb braucht es da sicherlich auch eine ganze Reihe von Verabredungen.

Küpper: Ermöglichungsminister – das könnte jetzt eine Wortschöpfung sein, die Christian Lindner vielleicht selber auch in den Mund nehmen würde. Er sprach aber gestern eher davon, dass er eine Art Verteidigungsminister der Staatsfinanzen sei, und sagte dann auch, mehr Geld – ich fasse das jetzt mal zusammen – gibt es nicht. Sehen Sie denn Anzeichen, wo es dann doch von Seiten des Bundes mehr Geld geben könnte?

Rehlinger: Ich verstehe natürlich den Bund. Der Bund befindet sich gerade aktuell mitten in Haushaltsverhandlungen und alles, was man jetzt möglicherweise noch mal in Aussicht stellt, belastet sozusagen auch die Beratungen. Auch mal aus praktischer Erfahrung gesprochen: Wer, wenn nicht ich, könnte das gut verstehen - ich sozusagen im Saarland mit unserer Finanzsituation. Es ändert aber nichts. Wir müssen Wichtiges an der Stelle auch von Unwichtigem trennen und diese Frage ist eine extrem wichtige Frage. Und da muss Bewegung auch in diese Debatte der Finanzen kommen. Aber umgekehrt auch von Länderseite muss man feststellen, dass ja gerade die Digitalisierung in den Ausländerbehörden nicht gut ist und dass wir dort schneller werden könnten und deshalb auch Rückführungen möglicherweise schneller funktionieren könnten. Es geht gar nicht nur zu sagen, gib uns, wir machen damit was wir wollen, sondern wir brauchen einen gemeinsamen Ansatz. Ich bin immer noch sehr optimistisch, dass das letztendlich auch gelingen kann.

Küpper: Frau Rehlinger, als Ministerpräsidentin des Saarlandes wissen Sie auch um die Bedeutung von offenen Grenzen. Die Rhetorik ist jetzt aber doch eine andere. Sie haben zwar

selber eingangs gesagt, dass das alles im Grunde genommen alte Forderungen sind. Dennoch: Die anderen Parteien sprechen schon von einer Neuausrichtung in der Migrationspolitik. Braucht es die jetzt wirklich?

Rehlinger: Ich sehe vor allem ein konsequenteres Vorgehen in der Migrationspolitik und das ist auch richtig. Immer dann, wenn man an seine Grenzen stößt – und damit sind ja nicht nur finanzielle gemeint –, dann sollte man natürlich noch mal ein Stück weit konsequenter vorgehen, als das in der Vergangenheit vielleicht der Fall gewesen ist. Die Durchsetzung vom Dublin-Abkommen ist keine Neuausrichtung, aber sie steht schon ganz lange auf der Tagesordnung und sie ist ja auch richtig dem Gedanken nach. Und dass wir uns noch mal angucken, wie Asylverfahren an den Außengrenzen durchgeführt werden können, gehört dann genauso mit dazu. Und dass natürlich eine Debatte entsteht, bezogen auf Staaten, die als EU-Beitrittsstaaten gelten, halte ich jetzt auch nicht für inhuman.

Küpper: Beispielsweise Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer einzustufen? Ist das richtig?

Rehlinger: Ja. Es sind Beitrittskandidaten und damit müssen ohnehin eine ganze Reihe von Vorbedingungen erfüllt sein und erfüllt werden. Dann, finde ich, ist es auch sachgerecht, dort auch diesen nächsten Schritt zu gehen. Und es ist auch richtig, konsequenter die Frage der Rückführungsabkommen noch mal anzugehen. Ich sehe nicht die große Neuausrichtung, sondern ich sehe vor allem große Konsequenz, und das würde uns sicherlich auch schon ein Stück weiterhelfen.

Küpper: Ist es vielleicht, wenn wir in den großen Linien darauf schauen, so, dass es eine eher linke Bundesregierung braucht, um all diese Schritte jetzt zu gehen, das alles konsequenter durchzusetzen, analog beispielsweise bei der kräftigen Erhöhung bei der Bundeswehr, weil das eine konservative Regierung gegen eine eher linke Opposition nicht durchsetzen konnte?

Rehlinger: Das ist eine Frage des Zeitpunkts und eine Frage der Aufgabenstellung. Die Fragen stellen sich jetzt. Die Zeitenwende hat jetzt begonnen und das zeigt vor allem, dass diese Bundesregierung handlungsfähig ist und erkennt, in welcher Verantwortung sie steht, ganz unabhängig von einer politischen Ausrichtung.

Küpper: Sie sind ja auch stellvertretende SPD-Parteivorsitzende. Aber in Ihrer Partei rumort es durchaus. Ich zitiere mal die Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal. Die hat gesagt: „Menschlichkeit und humanitäre Verpflichtungen spielen in der aktuellen Debatte keine Rolle. Stattdessen spricht die Bundesregierung über Haftlager an den EU-Außengrenzen und schnellere Abschiebungen. Das ist einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig.“

Rehlinger: Ich kenne die Bilder von vor Ort und ich sehe, dass es nach wie vor eine große Bereitschaft in der Gesellschaft gibt. Ich sehe eine große Bereitschaft bei denjenigen, die das umsetzen, gerade mit dafür zu sorgen, dass es eine Aufnahmebereitschaft gibt, eine Integrationsbereitschaft gibt. Natürlich wird überall noch erkannt, dass Menschen, die vor russischen Kriegsverbrechern fliehen, dass man denen helfen muss. Kommunen, Bund und die Länder schaffen dafür die Rahmenbedingungen. Also, ich teile diese Kritik nicht.

Küpper: Dann ganz kurz, weil wir schon am Schluss sind. Wird es heute bei diesem Treffen eine belastbare Lösung geben?

Rehlinger: Ich hoffe mir das sehr und ich glaube auch, dass eine Vielzahl von Gesprächen jetzt gerade gestern auch noch mal einen guten Boden dafür bereitet haben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.